

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

April 2026

«Ich bin die Auferstehung und das Leben.
Wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn
er stirbt.»

(Johannes 11,25)



AUS DEM BUNDESHAUS

Die EDU-Nationalräte Andreas Gafner und Erich Vontobel berichten von der Frühlingssession 2026.

Seiten 4-7

UNSELIGE UNO-ZIELE 2030

Trügerische UNO-Ziele: Dahinter steckt eine globalistische Agenda.

Seiten 10-11

KANTON BERN

- Bericht Frühlingssession
- Erfolgreiche Anlässe mit Ahmad Mansour
- Beten bewegt!

KANTONALTEIL

Wort des Monats

«UND SIEHE, ICH BIN MIT EUCH ALLE TAGE BIS ZUM ENDE DER WELT.»

Mt 28,20

Veranstaltungshinweise

Delegiertenversammlung der EDU Schweiz

Samstag, 11. April 2026, 9.30 bis 12.00 Uhr

(ab 9.00 Uhr Kaffee und Gipfeli)

Lobby Bar, Neuchâtel NE

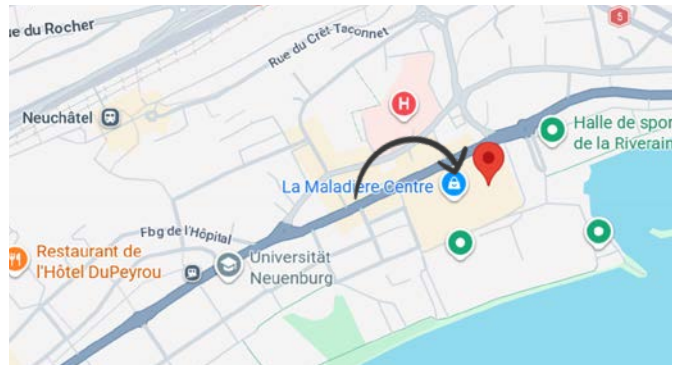
Parolenfassung zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen für den 14. Juni 2026

Mitgliederversammlung der EDU Schweiz

Samstag, 11. April 2026, 13.30 bis ca. 16 Uhr

Lobby Bar, Neuchâtel NE

Neben den üblichen, ordentlichen Traktanden steht die Wahl eines neuen Vizepräsidenten auf der Tagesordnung. (Einladung an die Mitglieder folgt per Post).



Lobby Bar, Rue de la Pierre-à-Mazel 10
www.lobbybar.ch



Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?
EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

Es ist nichts verborgen, das nicht offenbar wird

Liebe Leserinnen und Leser



Der jüngste Entscheid von Nationalrat und Ständerat, Mord künftig für unverjährbar zu erklären, ist mehr als eine juristische Korrektur – er ist ein moralisches Signal. Ein Signal, das weit über das Strafrecht hinausgeht.

Als christuszentrierte Partei begrüßen wir diesen Schritt ausdrücklich. Denn er berührt die Wahrheit, die tiefer reicht als jedes Gesetz: Schuld lässt sich nicht einfach aussitzen. Sie verschwindet nicht mit der Zeit, sie wird nicht kleiner durch Schweigen. Sie bleibt – vor dem Gewissen, vor den Menschen und letztlich vor Gott.

Für die Betroffenen bedeutet dieser Entscheid Hoffnung. Hoffnung darauf, dass Unrecht nicht einfach im Schatten der Jahre verschwindet. Hoffnung darauf, dass Gerechtigkeit nicht an Fristen gebunden ist. Und Hoffnung darauf, dass ihre Geschichte gehört und ernst genommen wird – auch dann, wenn Jahrzehnte vergangen sind. In letzter Zeit werden in Deutschland, wo die Unverjährbarkeit schon immer galt, auffällig viele sogenannte «cold cases» aufgeklärt. Die Offenbarung scheint auch hier angekommen zu sein...

In einer Zeit, in der vieles relativiert wird, setzt dieser Entscheid einen notwendigen Gegenakzent. Er erinnert daran, dass es Taten gibt, die nicht verjähren dürfen, weil sie das Fundament unseres Zusammenlebens erschüttern. Mord ist nicht einfach ein Delikt unter vielen – er ist der radikale Bruch mit der Würde des Menschen.

Das christliche Menschenbild weiss um Schuld – aber es kennt auch die Verantwortung. Vergebung ist möglich, ja. Aber sie setzt Wahrheit voraus, nicht Verdrängung. Wo Schuld benannt wird, kann Heilung beginnen. Wo sie verdrängt wird, bleibt sie wirksam – oft über Generationen hinweg. Darum ist dieser Entscheid richtig. Nicht nur rechtlich, sondern auch ethisch. Er stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und gibt den Opfern eine Stimme, die nicht verstummt.

Denn was wahr ist, bleibt. Und was schuldig macht, verlangt nach Gerechtigkeit.

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Aktueller Podcast:



Aktuelle Folge des EDU Podcasts anschauen:
www.youtube.com/@eduschweiz6697



Bericht von der Frühlingsession 2026

Finanzthemen gehörten zu den wichtigsten Geschäften der vergangenen Frühlingsession des eidgenössischen Parlaments. Um die geplanten Mehrausgaben in Sicherheit und Armee sowie für die 13. AHV-Rente finanzieren zu können, hat der Bundesrat ein Entlastungspaket für die Jahre 2027 bis 2029 vorgeschlagen.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Unterstützt wurde er von einer für dieses Geschäft ins Leben gerufenen Experten-Gruppe unter der Leitung von Serge Gailard, dem ehemaligen Direktor der eidgenössischen Finanzverwaltung. Der Ständerat

hat als Erstrat dieses Geschäft im Dezember 2025 beraten und ca. einen Drittel der vorgeschlagenen Sparmassnahmen gestrichen. An fünf intensiven Sitzungstagen hat die Finanzkommission des Nationalrates die Vorlage beraten und zahlreiche Anträge dazu eingereicht. Für uns EDU-Vertreter und die SVP-Fraktion war klar, dass wir beim Entlasten helfen, jedoch genau hinschauen. So war die Stossrichtung schnell klar: Wir wollen keine Steuererhöhungen, weil der Bund ein Ausgabenproblem und nicht ein Einnahmeproblem hat. Zudem ist die Landwirtschaft von dieser Sparübung auszunehmen, denn sie ist seit 25 Jahren ein stabiler Budget-Posten.

Landwirtschaft stärken

Bei den allermeisten Vorschlägen des Bundesrates unterstützten wir seinen Entlastungskurs. SP und Grüne wollten überhaupt nicht sparen und stellten reihenweise Anträge, um gar nicht erst auf die Vorlage einzutreten



und zuerst die Entflechtungs-Vorlage von Bund und Kantonen zu beraten. Die bürgerliche Mehrheit setzte sich aber durch und trat auf das Geschäft ein. Bei den Massnahmen, welche die Landwirtschaft betrafen, vertrat ich im Rat drei Minderheiten. Glücklicherweise mit Erfolg, jedoch äusserst knapp, zuweilen mit Stichentscheid des Ratspräsidenten. An dieser Stelle zwei Ausschnitte aus meinen Referaten in der Debatte:

«Der Bundesrat schlägt vor, die Obstverwertungsbeiträge um 4,9 Millionen Franken zu kürzen. Meine Minderheit will dem Ständerat folgen und auf die Kürzung verzichten. Diese Beiträge werden sehr produktiv eingesetzt. Obst ist ein Naturprodukt und nicht immer makellos. Dank der in der spezifischen Obstverordnung des Landwirtschaftsgesetzes festgelegten Rohstoffbeiträge können z.B. sogar beschädigte Tafel Früchte noch genutzt werden, etwa zur Herstellung von Dörrfrüchten oder Essig. Der Bund zahlt dafür einen festgelegten Beitrag, der ungefähr die Hälfte der Preisdifferenz zu importiertem Obst abdeckt. Schweizer Obst bleibt dadurch trotz höherer Kosten verwertbar. Die Streichung hätte unter anderem mehr «Food waste» zur Folge, und das wollen wir alle nicht.»

Weiter wurde die Import-Zollkontingent-Versteigerung zum Politikum, auch hier durfte ich die Minderheit vertreten:

Für jüdisches Leben und gegen Israelhass

ERINNERN VERPFLICHTET

12. April 2026	Rheintal
15. April 2026	Zürich
16. April 2026	Basel
22. April 2026	Winterthur
19. April 2026	Genf
27. April 2026	Schaffhausen
01. Juni 2026	Winterthur
09. August 2026	Davos
20. August 2026	St. Gallen

weitere Veranstaltungen folgen

Marsch des Lebens für Israel 2026

«Meine Minderheit schlägt Ihnen vor, wie der Ständerat auf diese Kürzung ganz zu verzichten. Was sind die Gründe: Die Versteigerung der Zollkontingente bringt dem Bund einen schönen Betrag in die Bundeskasse. Das gegenwärtige System, wo die Hälfte der Zollkontingente betreffend Fleisch-Import versteigert werden, und als Kompensation dazu die Inandleistung gilt, stabilisiert den Marktpreis beim Rindvieh und den Schafen nachhaltig. Aus Erfahrung früherer Jahre wissen wir, was eine Erhöhung der Zollkontingents-Versteigerung für Folgen haben würde. Der Markt würde destabilisiert und die Produzentenpreise würden fallen. Das wäre eine riesige Einbusse für die Produzenten.»

Hier war es in einer ersten Abstimmung recht knapp und in der zweiten Ausmarchung wurde der Entscheid deutlich zu Gunsten der Landwirtschaft gefällt, wie bereits der Ständerat entschieden hat.

Linke wollten nicht sparen

Dies ein kleiner Einblick in meine Arbeit in der Finanzkommission. Bilanz: Von den vom Bundesrat vorgeschlagenen 2,5 Milliarden an Entlastung für 2027 sind am Schluss leider nur ca. 1,5 Milliarden übriggeblieben. Der Ständerat hat in seiner Beratung ungefähr eine Reduktion von 33% beschlossen. Nach der Beratung im Nationalrat und dem Differenzbereinigungs-Verfahren mit dem Stände-

rat hat das Parlament die Kürzungen um ca. 40% reduziert. Man darf gespannt sein, ob Links-Grün eventuell sogar das Referendum ergreifen wird. Die beschlossenen Gesetzesänderungen unterstehen dem Referendum. Die beschlossenen Kürzungen im Finanzplan für die Jahre 2027 bis 2029 sind nicht dem Referendum unterstellt.

Sparziele verfehlt

Die grössten Einsparungen wurden in folgenden Bereichen gemacht: Internationale Zusammenarbeit, 116 Mio.; Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverbands (NAF), 100 Mio.; Massnahmen im Eigenbereich, 300 Mio.; Harmonisierung der Abgeltungsdauer für die Globalpauschalen beim EJPD, 242 Mio.; Und bei der Priorisierung der Subventionen in der Klimapolitik, 206 Millionen. Abschliessend darf man sagen, dass einige Optimierungen und Kürzungen beschlossen wurden. Dies gibt dem Bundesrat doch einigen finanziellen Spielraum für die weiteren geplanten und bereits beschlossenen Ausgaben. Das Sparziel wurde jedoch klar verfehlt und wir werden nicht darum herumkommen, bei der Budget-Debatte im Dezember die gleichen Diskussionen erneut zu führen. Denn die ungebundenen Ausgaben werden dann dem Spardruck ausgeliefert sein. ●

< NEBELSPALTER

Held des Tages (w/m/d)

EDU-Nationalrat Erich Vontobel, Terrorismus-Bekämpfer

Kaspar Schwarzenbach

2 | 60 | 4 | 15.03.2026



Für seinen Vorstoss, der fordert, die iranischen Revolutionsgarden in der Schweiz zu verbieten, wurde EDU-Nationalrat Erich Vontobel am 15. März 2026 vom Nebelspalter als «Held des Tages» ausgezeichnet.

Neutralität: Unser Erfolgsmodell braucht Klarheit

Am 5. März 2026 durfte ich im Nationalrat zur Volksinitiative «Wahrung der Schweizer Neutralität (Neutralitätsinitiative)» sprechen. Ausgerechnet an meinem 67. Geburtstag stand damit ein Thema zur Debatte, das mir politisch und persönlich sehr am Herzen liegt.



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Manchmal höre ich den Hinweis, ich würde mich als Nationalrat häufig mit Themen im Ausland beschäftigen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass ich Mitglied der Aussenpolitischen

Kommission des Nationalrates (APK-N) bin und sich viele meiner parlamentarischen Arbeiten mit internationalen Entwicklungen befassen. Gerade für ein kleines Land wie die Schweiz ist die Aussenpolitik von grosser Bedeutung.

Doch diese Rede zeigt: Mir liegt ebenso die Schweiz selbst am Herzen – und ganz besonders ihre Neutralität. Dieses Thema hat sowohl eine innenpolitische als auch eine aussenpolitische Dimension. Als Nationalrat stimme ich natürlich bei allen Geschäften mit, unabhängig davon, ob sie innen- oder aussenpolitischer Natur sind – und tue dies mit Überzeugung aus bürgerlicher Sicht und als Vertreter der EDU.

Wer sich für meine parlamentarische Arbeit interessiert, findet auf parlament.ch unter meinem Namen sämtliche Vorstösse und Reden. Dort entsteht ein umfassendes Bild meines Wirkens in Bern.

Nachfolgend finden Sie meine Rede zur Neutralitätsinitiative, so wie ich sie im Nationalrat gehalten habe.



Meine Rede zur Neutralitätsinitiative

Wir leben in stürmischen Zeiten. Ein Krieg auf europäischem Boden dauert an, und seit Ende Februar 2026 erleben wir eine Eskalation im Nahen Osten mit direkter Konfrontation von Staaten. Die internationale Lage wird unsicherer, Machtblöcke verhärten sich und der Druck auf kleine Länder wächst. – Gerade jetzt stellt sich die Frage: Bleibt die Schweiz ein glaubwürdiger Stabilitätsfaktor – oder wird sie schleichend zur Partei?

Genau hier setzt die Neutralitätsinitiative an. Sie verlangt nichts Radikales, sondern Klarheit. Die Schweiz soll neutral sein – immerwährend und bewaffnet. Sie soll keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten, sich nicht an Kriegen zwischen Drittstaaten beteiligen und keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten ergreifen, – unter Vorbehalt der Verpflichtungen gegenüber der UNO. Zusammenarbeit zur Selbstverteidigung bleibt möglich, wenn die Schweiz direkt angegriffen wird oder ein Angriff vorbereitet wird. Damit wird unsere Neutralität wieder verlässlich.

Lange brauchte es keine ausführliche Neutralitätsdefinition in der Bundesverfassung, weil ein breiter Konsens bestand. Heute ist dieser Konsens brüchig geworden. Neutralität wird zunehmend je nach internationaler Lage ausgelegt. Doch Neutralität, die je nach politischer Stimmung angepasst wird, verliert Glaubwürdigkeit. Ohne Glaubwürdigkeit gibt es keine Guten Dienste – und kein Vertrauen.

Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit, sondern aktive Friedenspolitik. Sie hindert uns nicht daran, auf unserem eigenen Boden Terrorismus zu bekämpfen und unsere Bevölkerung zu schützen. Weil die Schweiz nicht Kriegspartei ist, kann sie vermitteln, humanitär helfen und Dialogmöglichkeiten offenhalten. Das Internationale Genf, das IKRK und unsere Guten Dienste beruhen auf dieser Glaubwürdigkeit. Neutralität ist kein Egoismus, sondern ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in einer polarisierten Welt.

Heute droht diese Glaubwürdigkeit verloren zu gehen. Wenn die Schweiz ohne unmittelbare Not Sanktionen

übernimmt oder sich politisch einem Lager zuordnet, wird sie nicht mehr als unparteiisch wahrgenommen. Wirtschaftssanktionen gegenüber Kriegsparteien sind nicht neutral; sie sind nichtmilitärische Zwangsmassnahmen. Die Initiative setzt hier bewusst eine Grenze und macht Neutralität wieder berechenbar.

Der Bundesrat warnt vor einer angeblich zu starren Neutralität. Wir EDU-Vertreter in diesem Rat sehen es anders: Gerade in Krisenzeiten braucht es klare Regeln statt improvisierter Einzelfallentscheide. Verfassungsmässige Leitplanken stärken die Glaubwürdigkeit nach aussen und geben Bundesrat und Verwaltung Orientierung in wachsendem internationalem Druck.

Bewaffnete Neutralität bedeutet Wehrhaftigkeit. Neutralität funktioniert nur, wenn sie geschützt werden

kann. Eine starke Armee und eine klare Haltung nach aussen gehören zusammen.

Wir unterstützen deshalb die Neutralitätsinitiative. Und falls der Gegenentwurf eine Mehrheit findet, unterstützen wir auch ihn, sofern er dasselbe Ziel erreicht: unsere Neutralität wieder eindeutig, verlässlich und glaubwürdig zu verankern.

Die entscheidende Frage lautet: Wollen wir eine Schweiz, die Brücken baut und Frieden ermöglicht – oder eine Schweiz, die Teil geopolitischer Lager wird? Unser Erfolgsmodell hat unserem Land Sicherheit und Vertrauen gebracht. Geben wir ihm wieder Klarheit – im Interesse der Schweiz und zum Nutzen einer Welt, die heute Stabilität dringender braucht denn je. ●

«Wir stehen an der Seite Israels

Erich Vontobel hielt anlässlich des «Silent Walks Zürich» vom 18. Februar 2026 eine Rede, die wir fortfolgend in Auszügen abdrucken. Der Silent Walk (www.silentwalk.ch) wurde im Jahr 2024 von einer unabhängigen Gruppe von Bürgern in Zürich ins Leben gerufen. Die Gruppe setzt mit regelmässigen Silent Walks (auf Deutsch: Stille Spaziergänge) in verschiedenen Schweizer Städten ein Zeichen für Israel und gegen Antisemitismus.

Wir stehen hier als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Als Jüdinnen und Juden. Als Freunde Israels. Als Menschen, die nicht wollen, dass Antisemitismus wieder salonfähig wird.

Unsere Aufgabe ist dreifach:

Erstens: Hinschauen. Nicht verharmlosen. Nicht relativieren. Nicht beschwichtigen.

Zweitens: Stimme erheben. Wenn Grenzen überschritten werden, müssen wir das benennen – sachlich, aber klar.

Drittens: Handeln. Politisch, gesellschaftlich, zivilgesellschaftlich. Fragen stellen. Verantwortung einfordern. Prävention stärken. – Schweigen ist keine Option.

Die Geschichte Europas lehrt uns: Ungute Entwicklungen muss man im Keim ersticken. Nicht erst dann, wenn sie sich verselbständigt haben.

Ich verspreche Ihnen: Ich werde in Bern weiter hinschauen. Weiter fragen. Und dort, wo es nötig ist, auch weiter Druck machen. Aber Demokratie lebt nicht von Parlamentariern allein. Sie lebt von wachen Bürgerinnen und Bürgern. Darum danke ich Ihnen, dass Sie heute hier sind – dass Sie Präsenz zeigen und dass Sie Haltung zeigen.

Tragen Sie dieses Anliegen weiter. Sprechen Sie mit Ihrem Umfeld. Ermutigen Sie andere, ebenfalls sichtbar zu werden. Bleiben wir wachsam. Bleiben wir standhaft. Und akzeptieren wir nicht, dass extremistische Parolen als normaler Protest durchgehen.

Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Die Sicherheit jüdischer Menschen in der Schweiz ist nicht relativierbar. Und Gewaltaufrufe dürfen in unserem Land keinen Platz haben. Dafür stehen wir heute hier. Und dafür gehen wir jetzt gemeinsam durch diese Stadt.

Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH





**Seminar vom
2. Mai 2026
9.45 Uhr
Hotel Olten
Bahnhofstrasse 5
4601 Olten**



Aus christlicher Haltung Politik machen

Die EDU Schweiz freut sich, zur diesjährigen Schulung nach Olten einzuladen. Diese Grundschulung ist für alle EDU-Freunde und alle, die es werden möchten. Sie weckt Interesse an politischer Arbeit und motiviert zur Mitgliedschaft sowie zum aktiven Engagement.

Ziel ist es, eine breite Basis anzusprechen, politisch interessierte und motivierte Personen zu gewinnen und sie systematisch auf ihr Engagement vorzubereiten. Die Teilnehmenden sollen grundlegende politische Zusammenhänge, Werte und Strategien kennenlernen und im Hinblick auf die kommenden Wahlen gezielt befähigt werden, aktiv mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen.

9.45	Begrüssung, Input, Gebet (ab 9.15 Kaffee u. Gipfeli)	Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz	
10.00	Die EDU im Spiegel der Presse Medienlandschaft Schweiz Aktuelle Politik: Neutralität und Sicherheit	Dr. Philipp Gut, Journalist und Kommunikationsberater	
11.00	Pause		
11.10	Direkte Demokratie – und wie wir uns einbringen können	Dr. Philipp Gut, Journalist und Kommunikationsberater	
11.40	Fragen / Diskussion		
12.00	Mittagessen		
13.30	Wie gestalte ich einen Wahlkampf – fit für die Wahl	Pirmin Müller, designierter Generalsekretär EDU Schweiz	
14.00	Politische Möglichkeiten mit und ohne Mandat: Leserbriefe, Standaktionen, Informationsabende Kleine «Müsterchen» aus dem Bundeshaus	Nationalrat Erich Vontobel	
14.25	Pause		
14.35	Junge EDU: Social Media	Tabea Engeloeh, Joas Reichen	
14.50	Kleidungsstil und gewinnendes Auftreten (Bitte ziehen Sie sich so an, wie Sie es für einen Fototermin tun würden.)	Martina Bolliger, GL-Mitglied	
15.30	Gründung neuer Sektionen	Hans-Jörg Höpli, Sektionsverantwortlicher	
15.45	Junge EDU: Erfahrungsberichte	Timmy Frischknecht, Präsident JEDU	
16.00	ca. Ende der Veranstaltung		

Anmelden – teilnehmen!

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Bitte möglichst rasch anmelden:

info@edu-schweiz.ch, 033 222 36 37

Der Unkostenbeitrag fürs Mittagessen von 20 Franken wird mit einer Kollekte erhoben.

Wir freuen uns, Sie in Olten zu begrüßen!



Zwischen Blendwerk und Wahrheit – unser Auftrag bleibt klar

Ein kurzer Blick zurück auf die Debatte rund um die SRG-Initiative lässt mich ernüchert zurück. Nicht primär wegen des Abstimmungsergebnisses an sich – Niederlagen gehören zur politischen Auseinandersetzung –, sondern wegen der offenkundigen Blindheit einer Mehrheit gegenüber der Realität unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks.



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Wenn Studien aufzeigen, dass rund 70 % der Mitarbeiter politisch links stehen, wenn Parteien wie die SP Millionenbeträge in den Abstimmungskampf investieren, um «ihr» System zu sichern, und wenn der Wechsel von SRF-Journalisten in die Politik auffallend oft in eben dieses Lager führt – dann ist es zumindest angebracht, kritisch nachzufragen.

Doch genau diese kritische Distanz scheint vielerorts verloren gegangen zu sein. Stattdessen hält sich hartnäckig die Erzählung eines ausgewogenen, neutralen Journalismus. Wer angesichts dieser Faktenlage weiterhin von Ausgewogenheit spricht, verkennet entweder die Zusammenhänge – oder will sie nicht erkennen. Es entsteht der Eindruck einer kollektiven Selbstberuhigung, die mit der Realität nur noch bedingt übereinstimmt. Als politisch engagierte Christen dürfen und sollen wir hier widersprechen – sachlich, klar und unbeirrbar.

Der Blick nach vorne mahnt umso mehr zur Wachsamkeit. Mit der bevorstehenden Abstimmung über das EU-Paket steht eine Weichenstellung von historischer Tragweite bevor. Neuere Analysen zeigen, dass ein finanzieller Nutzen keineswegs gesichert ist – im Gegenteil: Die Risiken überwiegen. Die Übernahme fremden Rechts, die Unterstellung unter eine externe Gerichtsbarkeit und die Möglichkeit zusätzlicher Zwangsmassnahmen stehen im Raum. Es geht hier nicht um technische Details, sondern um grundlegende Fragen der Souveränität, der Selbstbestimmung und letztlich auch der Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Gerade in solchen Zeiten ist es entscheidend, dass wir als EDU unseren eigenen Weg klar erkennen und konsequent gehen. Wir sind nicht berufen, mit den Waffen dieser Welt zu kämpfen – nicht mit Lautstärke, Polemik oder Machtkalkül. Unser Auftrag ist ein anderer. Wir stehen für eine Politik, die im Wort Gottes verwurzelt ist, die Wahrheit sucht und benennt, auch wenn sie unbequem ist.

Das Bild des zweischneidigen Schwertes ist dabei nicht martialisch zu verstehen, sondern geistlich: Es ist das Wort Gottes, das trennt, prüft und offenlegt, was verborgen ist.

Diese Haltung verlangt Mut. Sie verlangt Standfestigkeit in einer Zeit, in der Mehrheiten nicht zwingend mit Wahrheit gleichzusetzen sind. Und sie verlangt Demut – die Einsicht, dass wir selbst immer wieder der Korrektur bedürfen.

Doch gerade darin liegt unsere Stärke. Nicht im Applaus der Masse, sondern in der Treue zur Wahrheit. Also wehren wir uns als EDU nicht mit Hellebarden, sondern mit dem zweischneidigen Schwert. Wir führen diesen Kampf nicht mit stumpfen Waffen oder menschlicher Gewalt, sondern mit dem zweischneidigen Schwert des Geistes. Es geht nicht um eine Auseinandersetzung gegen Fleisch und Blut, sondern um den geistlichen Sieg, der durch Wahrheit und Klarheit errungen wird.

Denn nicht der Zeitgeist bestimmt unseren Kurs, sondern das Wort, das bleibt. ●



Die unseligen UNO-Ziele 2030

Bei den «UNO-Zielen 2030», auch «Sustainable Goals» oder «UNO-Nachhaltigkeitsziele» oder «Agenda 2030» genannt, handelt es sich auf den ersten Blick um edle und erstrebenswerte Ziele. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass sie trügerisch formuliert sind und eine globalistische Agenda dahintersteht: Wenn sie etwa «Gerechtigkeit für Frauen» beschreiben, meinen sie – und das tritt bei tieferen Recherchen zutage – in Tat und Wahrheit ein «Recht auf Abtreibung». Derzeit läuft endlich eine von Christen geführte Unterschriftensammlung gegen diese Ziele.

Christian Wider, Journalist, Oftringen AG

Von allem Anfang an war die Festlegung dieser Ziele, die 2015 von der UNO-Vollversammlung angenommen wurde, nie ein demokratischer Prozess gewesen. Es fanden dazu in den Mitgliedsländern nie gross angelegte Volksbefragungen statt. Vielmehr haben mit ihnen von Anfang an einige wenige Delegierte, Privilegierte und Vertreter der elitären UNO-Sponsoren wie Bill Gates und andere ihre eigene globalistische Wertehaltung vorangetrieben. – Und dennoch tanzt heute die ganze Welt nach ihnen ...

Sie tönen so edel ...

Wer wollte etwas dagegen haben, wenn in den 17 Zielen als Beispiel weltweit die Armut (Ziel 1) und der Hunger (Ziel 2) ausgerottet werden sollen? Wenn man dann aber bei vertiefter Information erfährt, dass letzteres durch eine Umkrempelung der bisherigen Nahrungsmittelproduktion geschehen soll, bei der die kleinen Bauernbetriebe durch immer mehr bürokratische Auflagen in Existenznot gebracht werden, sodass nur noch riesige Konzerne

überleben, bei der genmanipulierte Nahrungsmittel plötzlich wieder salonfähig werden und bei der vom Konsumenten verlangt wird, dass er auf Insektenfood umsteigt und auf Rindfleisch verzichten solle, weil Kühe furzen und das umweltschädlich sei, dann wird die Sache höchst fraglich. Und wenn man bei der Bekämpfung der Armut auf das Endziel einer dazu erforderlichen «gerechteren», weltweiten sozialistischen Umverteilung der Vermögen stösst, einhergehend mit digitaler Überwachung jedes Bürgers, erst recht!

... sind aber gefährliche Trojaner

Oder wer hat etwas gegen Geschlechtergleichstellung (Ziel 5) oder der Sicherung guter Bildung (Ziel 4) und Gesundheit (Ziel 3)? – Absolut niemand, bis man dann erfährt, dass «Gerechtigkeit für Frauen» u.a. «uneingeschränkter Zugang zur Abtreibung für jede Frau des Planeten» meint und dass gute Bildung auch die völlige Freistellung und Erleichterung der Geschlechterwahl betrifft, also die Agenda der LGBTQ-Leute? (In Deutschland haben die grünen und roten Globalisten bereits erreicht, dass man unkompliziert und auf Wahl das eigene Geschlecht pro Jahr einmal wechseln darf ...). Und bis man im Fall der Erhaltung der Gesundheit mehr und mehr erkennt, dass die WHO (Weltgesundheitsbehörde der UNO) sich als zentrale und autoritäre Lenkungsstelle weltweiter «Massnahmen» installieren will und die digitale «gesundheitliche» Überwachung jedes Bürgers von der Wiege bis zur Bahre vorangetrieben wird, während die nationalen Instanzen mehr und mehr an den Rand gedrängt werden. Und noch haben wir in diesen «Zielen» den Umweltschutz, der immer mehr Milliarden verschlingt und nach chinesischen Mustern Sozialkredit-Systeme einführen will, die sog. «Energiewende», die unsere westlichen Industrien in die Knie zwingt, der Meuchelmord an der Meinungsfreiheit durch obskure «Fake-News»-Bekämpfungsmassnahmen, sprich schleichende Zensur, die Privatisierung der öffentlichen Wasserreserven und vieles mehr, das ich noch gar nicht erwähnt habe ...





Rückblick Frühlingsession

Mit der Frühlingsession 2026 ging die Legislaturperiode zu Ende. Die EDU-Fraktion brachte sich mit konstruktiven Voten und Ideen ein, während Katharina Baumann weiterhin im Büro des Grossen Rates stark gefordert ist.



Lebensschutz im Gegenwind, Samuel Kullmann

Der Grosse Rat hat sich zuletzt vor 25 Jahren mit dem Thema Abtreibung beschäftigt. Im Gegensatz dazu diskutieren wir in jeder Session mindestens einen Klima-Vorstoss. Da seit 2017 die Zahl der Abtreibungen im Kanton Bern relativ stark gestiegen ist, fand ich es wichtig, dass sich unser Parlament auch mal mit dieser gesellschaftlichen Frage befasst. Der Vorstoss enthielt fünf Forderungen an die Regierung: Erstens sollte untersucht werden,

was die Gründe für den Anstieg sein könnten. Zweitens sollte die Datengrundlage zu den Entscheidungsprozessen rund um einen Schwangerschaftsabbruch verbessert werden. Drittens sollte die Prävention gestärkt werden. Viertens sollte die Wirksamkeit der bestehenden Angebote für ungewollt schwangere Frauen überprüft werden. Und fünftens sollte anhand von «Best Practices» aufgezeigt werden, wie Frauen am besten unterstützt werden können, die eigentlich ein Ja zu ihrem Kind hätten. Nach einer sehr herausfordernden Debatte wurde dieser Prüfungsauftrag leider knapp abgelehnt.



Modernisierung touristischer Infrastruktur erleichtern, Willy Schranz

Die EDU-Fraktion hat sich für eine gesamtheitliche Tourismusstrategie ausgesprochen. Diese sollen den Tourismus stärken und die Schaffung von Kerngebieten erleichtern, in denen die Modernisierung und der Ersatz bestehender touristischer Anlagen möglich sind. Wenn wir im nationalen und internationalen Wettbewerb langfristig mithalten wollen, müssen wir in der Lage sein, unse-

re Infrastruktur auf dem neuesten Stand zu halten und sie laufend zeitgemäss zu erneuern. Im vergangenen Herbst war in der Presse zu lesen, dass im Kanton Bern rund 300 Mio. Franken an geplanten Investitionen aufgrund langwieriger Verfahren blockiert sind. Die Motion verlangte deshalb, dass der Handlungsspielraum von Regierungsrat und Verwaltung unter Einbezug der touristischen Akteure vertieft analysiert wird. Dieser wichtige Punkt ist im Umsetzungsprogramm leider nirgends zu finden.



Weiter wurde gefordert, Modernisierungen und Ersatzbauten in touristischen Kerngebieten einfacher zu ermöglichen. Verbindliche, vorgängig gemeinsam definierte Fristen sind notwendig, damit Projekte zeitnah umgesetzt werden können. Heute sind wir in unserem Handeln stark eingeschränkt, und wichtige Projekte können nicht rechtzeitig realisiert werden. Die Hürden

– insbesondere die langen zeitlichen Horizonte für die Erneuerung bestehender Infrastrukturen – sind schlicht zu hoch.

Auch im Vergleich mit Wallis und Graubünden hinkt unser Kanton hinterher. Man denke etwa daran, wie langsam Bern auf den Mountainbike-Boom reagiert hat. Der Grosse Rat hat den Vorstoss deutlich angenommen.

Freizeitverkehr auf Passstrassen, Dominik Blatti

Ein Vorstoss der Grünen verlangte eine zusätzliche Besteuerung des Verkehrs auf Passstrassen. Die EDU-Fraktion anerkennt, dass hoher Freizeitverkehr für Anwohner entlang von Hauptverkehrsachsen eine Belastung darstellen kann. Gleichzeitig bringen stark befahrene Strassen auch Vorteile für das lokale Gewerbe und den Tourismus.

Gerade abgelegene Bergdörfer sind auf eine gute Erreichbarkeit angewiesen. Bei Passstrassen konzentriert sich der Umsatz vieler Gastgewerbe-

betriebe auf eine sehr kurze Saison – der Jahresumsatz muss oft in lediglich vier bis fünf Monaten erwirtschaftet werden. Viele Betriebe in Bergregionen sind darauf angewiesen, dass Gäste unkompliziert mit dem Auto anreisen können. Zudem würden auch Personen benachteiligt, die beruflich auf diese Strassen angewiesen sind. Es stellt sich zudem die praktische Frage, wie Freizeitverkehr und Berufsverkehr überhaupt klar voneinander unterschieden werden sollen. Statt pauschaler Einschränkungen braucht es gezielte Massnahmen gegen Lärmexzesse und rücksichtsloses Verhalten. Der Vorstoss wurde vom Grossen Rat mit 83 zu 61 Stimmen abgelehnt.

Kostentransparenz in der Sozialhilfe, Barbara Maurer

In der zweiten Lesung hat der Grosse Rat drei wichtige Anpassungen des Sozialhilfegesetzes diskutiert und verabschiedet:

a) Bei der wirtschaftlichen Hilfe wird künftig stärker berücksichtigt, dass Kinder und Jugendliche nichts für das Umfeld können, in das sie hineingeboren wurden. Ihre Bedürfnisse, Ausbildung und soziale Teilhabe sollen deshalb gezielter gefördert werden.

b) Bei uneinbringlichen Notfallkosten von Ausländern musste bisher die zuständige Gemeinde für die Kosten der Notfallbehandlungen aufkommen. Neu werden diese Fälle zentral bearbeitet und die Kosten vom Kanton über den Lastenausgleich gedeckt.

c) Transparenz statt Selbstbehalt: Das Selbstbehalt-Modell, das effiziente Sozialdienste belohnen wollte, fand in der ersten Lesung leider keine politische Mehrheit. Die Gemeinden argumentierten teilweise zurecht, dass sie keinen Einfluss auf den Ausländeranteil oder die Zahl der Arbeitslosen haben – und damit auch nur begrenzt auf ihre Ausgaben.

Das Ziel, Kosten- und Qualitätsbewusstsein bei den Sozialdiensten zu fördern, bleibt dem Grossen Rat jedoch wichtig. Deshalb hat die GSI ein «Transparenz-Modell» erarbeitet: Die Finanzkennzahlen werden wie im ursprünglichen Selbstbehalt-Modell berechnet, jedoch ohne Kostenfolgen für die Gemeinden. Das Gesetz wurde mit 108 zu 34 Stimmen angenommen.

Folgen des Wasserkraftprojekts Schem, Bruno Martin

Das Energieunternehmen E-Group plant mit dem Projekt Schem einen Stollen mit einer neuen Wasserkraftzentrale unweit des Murtensees. Das Wasser aus den Einzugsgebieten von Saane und

Sense soll künftig Richtung Murtensee geleitet und dort zur Stromproduktion genutzt werden. Für das Seeland könnte dies jedoch weitreichende Folgen haben: weniger Grundwasser, geringere Wertschöpfung aus der Wasserkraft in Kallnach, Aarberg und Hagneck sowie mögliche Folgekosten in beträchtlichem Ausmass. Auch die Trink-



wasserfassungen entlang des Hagneckkanals würden mit deutlich weniger alpinem Wasser gespeisen, während die Grundwasservorkommen im Seeland zurückgehen könnten. Damit drohen Absenkungen von Böden auf privaten, gewerblichen und landwirtschaftlichen Flächen sowie Schäden an Gebäuden. Auch landwirtschaftliche Nutzflächen, Naturschutzgebiete und Biodiversitätsflächen könnten durch Austrocknung an Wert verlieren. Zudem würden Bewässerung und Entwässerung im Seeland stark erschwert, und einzelne technische Systeme der Juragewässerkorrektion könnten ihre Funktion nicht mehr vollständig erfüllen.

Der Grosse Rat hat meine Motion einstimmig an den Regierungsrat überwiesen, damit diese möglichen Auswirkungen sorgfältig untersucht werden. •

Hinweis

Einige Voten der EDU-Fraktion können auf dem YouTube-Kanal der EDU Kanton Bern angeschaut werden:



Erfolgreiche Anlässe mit Ahmad Mansour

Die EDU organisierte Ende Februar zwei gut besuchte Vorträge mit dem deutsch-israelischen Psychologen und Extremismus-Experten Ahmad Mansour. Die Anlässe fanden in Interlaken und Wichtrach statt und wurden insgesamt von ca. 440 Leuten besucht.



Katharina Baumann, Grossrätin und 2. Vize-Grossratspräsidentin

Im Zentrum der Referate stand neben Mansours persönlichem Werdegang insbesondere seine politische und gesellschaftliche Entwicklung. Offen und eindrücklich schilderte er, wie er selbst den Weg aus religiösem Extremismus hin zu einem engagierten Einsatz für Demokratie, Freiheit und Integration gefunden hat. Seine Ausführungen vermittelten nicht nur Hintergrundwissen, sondern auch persönliche Einblicke in einen Veränderungsprozess,

der Mut macht und zum Nachdenken anregt. Mansour sprach sich klar für eine gelingende Integration aus. Er betonte, dass Integration sowohl Rechte als auch Pflichten mit sich bringe und ein aktives Bekenntnis zu den Werten einer freiheitlichen Gesellschaft voraussetze. Dabei hob er hervor, wie wichtig Bildung, offene Diskussionen und eine klare Haltung gegenüber problematischen Entwicklungen seien. Besonders eindrücklich war seine unmissverständliche Position gegen jede Form von Radikalisierung und Extremismus – unabhängig davon, aus welcher ideologischen oder religiösen





Richtung sie komme. Seine klare und zugleich differenzierte Haltung stellte für viele Zuhörerinnen und Zuhörer eine Herausforderung dar und regte zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Thema an.

Spannend für die EDU war zudem zu hören, dass Mansour die Annahme der eidgenössischen Volksinitiativen für ein Minarett- und ein Burkaverbot als wichtiges symbolisches Zeichen gegen den politischen Islam ausdrücklich begrüsst. Auch der Austausch mit dem Publikum zeigte,

wie gross das Interesse an den angesprochenen Fragen ist. In Wichtrach nahm zudem der Berner Sicherheitsdirektor Philippe Müller an der Veranstaltung teil und unterstrich damit die Aktualität und gesellschaftliche Relevanz der diskutierten Themen.

Die beiden Veranstaltungen boten wertvolle Denkanstösse und machten deutlich, wie wichtig eine offene Debatte über Integration, gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Umgang mit Extremismus ist. •



Ahmad Mansour im EDU Schweiz Podcast

Wir freuen uns, dass wir Ahmad Mansour auch für ein zweiteiliges Interview im EDU Schweiz Podcast gewinnen konnten. Dieses wird voraussichtlich im Verlauf des Aprils veröffentlicht. Wir sind dankbar, dass sich der YouTube-Kanal der EDU Schweiz zum erfolgreichsten Kanal aller Parteien in der Schweiz entwickelt hat. Aktuell verfügt er über mehr als doppelt so viele Abonnenten wie der Kanal der SVP Schweiz.

Beten bewegt

Julian Keller

...im Grossen. Lauten. Spektakulären (Joh. 11). Beten bewegt im Kleinen. Stillen. Treuen (Lk 6,12; Mt 6,6).

Auf den ersten Blick eine widersprüchliche Aufforderung. Doch bei genauerer Betrachtung ergänzen sich diese beiden Handlungen. Das Eine schliesst das Andere nicht aus. Manchmal werden uns Geschichten und Anliegen anvertraut, die kein sofortiges Gebet erfordern, sondern in die stille Kammer gehören. Ein andermal dürfen wir sofort und hörbar für ein Anliegen oder um Heilung, z.B. eines Gebrechens, beten. Lassen wir uns bei Gelegenheiten vom Heiligen Geist führen.

Aktuell auch gerade für die neu gewählten Regierungs- und Grossräte, damit sie in der Lage sind und die Weisheit erhalten, unseren Kanton in Voraussicht und Umsicht zum Wohl der Bevölkerung zu führen. Jesus konnte seinen schwierigen Weg durch Gebet mit seinem Vater gehen. Darum können wir Passah (Ostern) feiern. Durch Gebet und Gottes Willen ist Jesus auferstanden. Jesus ist wahrlich auferstanden! Ich wünsche dir ein gesegnetes Passahfest und einen wunderschönen Frühling. •



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Samuel Kullmann

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1, 3, 4: z.v.g.

Christen stehen auf – endlich!

Nun haben Christen der weltweit tätigen Organisation «CitizenGo» endlich eine Petition gegen diese UNO-Ziele gestartet, die mittlerweile schon mehr als 200'000 Unterschriften aufweist. Diese Organisation erreicht heute um die 20 Millionen Menschen weltweit, führt zumeist Online-Petitionen und einzelne Aktionen vor Ort in 11 Sprachen durch. Eduard Pröls, Leiter der deutschsprachigen Länderaktionen bei CitizenGo, bringt es nochmals auf den Punkt: «Die Gegenwehr gegen die «Agenda 2030» ergab sich für CitizenGO

zwangsläufig, denn die UNO-Agenda 2030 ist ein globaler Entwicklungsplan, hinter dem eine ziemlich radikale Agenda steckt.»

Wir empfehlen sehr die Unterstützung dieser Petition gegen die UNO-Ziele 2030 unter:

www.citizengo.org

Mehr Hintergrundinfos zu den «UNO-Zielen 2030» finden Sie auch auf www.gebet-globalisten.ch

Sexualerziehungsunterricht mit Folgen an einer Primarschule im Toggenburg

Ein Vorfall von ideologischem, nicht alters- und lehrplangerechtem Sexualkundeunterricht beschäftigt im Kanton St. Gallen aktuell das Bildungsdepartement, die Justiz und den Kantonsrat.



Eine Primarschule im Toggenburg beauftragte die Aidshilfe St. Gallen-Appenzell mit dem Unterricht ihrer Schüler der 5. Klasse in Sexualkunde. Die Klasse wurde geschlechtergetrennt unterrichtet, die 10-jährigen Knaben durch eine Frau. Weder jemand aus der Lehrerschaft noch Eltern oder sonst eine den Knaben vertraute Person begleitete den Unterricht bzw. durfte dabei sein.

Kaum Distanzwahrung zu den Knaben, «übergriffige» Übungen

Die Frau bekundete gegenüber den Knaben offen ihre Homosexualität, und dass sie mit 17 Jahren ihren ersten Geschlechtsverkehr gehabt habe. Neben einer Plüschvagina hatte sie auch einen Penis aus demselben Material dabei, welchem sie ein Kondom überstülpte. Die Knaben wurden aufgefordert, das Kondom anzufassen. In einer anderen Übung mussten die Knaben Kärtchen legen in einer Abfolge, wie hetero- und auch homosexuelle Paare Geschlechtsverkehr haben. Zudem wurden sie u.a. auf Pornoseiten aufmerksam gemacht. Einige Knaben waren nach diesem Unterricht sehr verwirrt.

Konsequenzen

Über eine Juristin des Lehrernetzwerks Schweiz reichten Eltern eine Aufsichtsbeschwerde gegen das Amt für Volksschule ein und eine Strafanzeige gegen die Aidshilfe St. Gallen-Appenzell sowie gegen die Frau, welche den Unterricht abhielt. Zudem reichte EDU-Kantonsrat Heinz Herzog zusammen mit SVP-Kantons-

rätin Esther Granitzer eine Interpellation mit sieben Fragen ein, welche die Regierung nun beantworten muss. Die Empfänger von Aufsichtsbeschwerde und Strafanzeige haben bereits versucht, die Angelegenheit nicht an die Hand zu nehmen, wurden jedoch juristisch mit Nachdruck dazu aufgefordert. Die Angelegenheit liegt nun bei Behörden und Justiz.

Angestrebte Ziele

Für die Erziehung sind die Eltern verantwortlich. Sexualerziehungsunterricht ist eine sehr sensible Angelegenheit. Diese gehört aus unserer Sicht nicht in die Hände von Organisationen, welche ideologisch geprägt sind und mit ihren eigenen Ansichten zu sexuellen Orientierungen die Kinder in diesem Alter mehr verwirren, als dass sie ihnen eine Hilfe wären. Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer sollten für diese Aufgabe besser befähigt werden. Kinder sollen Kinder sein dürfen und mit diesen Themen nicht verfrüht überfordert werden.

Heinz Herzog, Kantonsrat EDU SG



Was die neuen EU-Verträge wirklich bedeuten: Weniger Schweiz, mehr Brüssel

Die neuen EU-Verträge wirken technisch und harmlos. Doch hinter den nüchternen Begriffen steht ein Umbau, der tief in unsere demokratische Ordnung und freiheitlichen Werte eingreift, die die Schweiz stark gemacht haben.

Ralph Studer, Stiftung Zukunft CH

Seit Monaten ist wieder von neuen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU die Rede. Was als «Modernisierung» erscheint, ist im Kern die Rückkehr des 2021 gescheiterten Rahmenabkommens – nur unter neuem Titel und mit stärkerer institutioneller Bindung. Die Schweiz müsste EU-Recht übernehmen und den Europäischen Gerichtshof als letzte Instanz akzeptieren. Damit würde der bilaterale Weg enden.

Fremdbestimmung statt Partnerschaft

Die neuen Abkommen sehen vor, dass EU-Institutionen künftig über zentrale Bereiche wie Soziales, Wirtschaft und Gesundheit mitbestimmen. Besonders heikel sind die sog. «Ausgleichsmassnahmen»: Sanktionen, die greifen, wenn die Schweiz demokratisch anders entscheidet als die EU. Damit gerät der Stimmbürger unter Druck. Die direkte Demokratie würde ge-



schwächt, der Föderalismus ausgehöhlt und das Bundesgericht verlöre an Bedeutung. Die Schweiz würde in ein System gedrängt, das auf Vereinheitlichung und Zentralisierung beruht – eine Entwicklung, die unserer freiheitlichen Staatsordnung widerspricht.

Werte unter Druck

Trotz dieser Folgen treibt der Bundesrat die Abkommen voran. Damit geraten nicht nur politische Strukturen, sondern auch Werte unter Druck – Freiheit, Verantwortung, Gemeinsinn und eine christlich geprägte Kultur des Masshaltens. Die Verträge drohen, die belastete Migrationslage weiter zu verschärfen, mit zusätzlichen Belastungen für den sozialen Frieden.

Hintergründe, die man kennen sollte

Zukunft CH hat deshalb eine Sonderausgabe zu den neuen EU-Verträgen erarbeitet. Sie zeigt, was diese Abkommen bedeuten, welche Werte auf dem Spiel stehen und warum eine institutionelle Anbindung an die EU unser Land langfristig schwächen würde.

Die Entscheidung liegt bei uns

Wer wissen will, wohin die Reise führt, findet in dieser Sonderausgabe Orientierung. Und wer sich ein eigenes Bild machen will, bekommt dort die nötigen Informationen – klar und ohne Beschönigung. Es liegt an uns, ob wir unsere Freiheit bewahren – oder sie schrittweise aus der Hand geben.

Die erwähnte Sonderausgabe «Die neuen Verträge Schweiz – EU: Zwangsheirat mit einer schlechten Partie» liegt dieser Ausgabe des EDU-Standpunkts bei. ●

Schweizer Schurwoll-Duvet



- warm im Winter
- kühl im Sommer
- temperaturregulierend
- feuchtigkeitsausgleichend

Seit 40 Jahren sind wir als Familie als Wollspezialisten für Sie am Ball. Wir verarbeiten das wunderbare Naturprodukt „Schafwolle“ und fertigen Bettdecken in allen Grössen.

In unserem Laden finden Sie alles, was Sie sich aus Wolle vorstellen können: Filzwolle, Wollteppiche und eine grosse Auswahl an Kleidern aus Wolle.

Spycher-Handwerk AG
Schaukarderei / Wollparadies



www.kamele.ch

062 962 11 52

**Bestellen Sie online oder
besuchen Sie uns direkt in Huttwil BE**

Abtreibungstourismus in der EU

Die EU-Kommission, im politischen System der EU nimmt sie vor allem Aufgaben der Exekutive wahr, hat Ende Februar 2026 ihre grundsätzliche Zustimmung zu Forderungen der Bürgerinitiative «My Voice My Choice» erklärt. Unterschreibt die Schweiz die geplanten EU-Verträge, droht auch uns ein vom Steuerzahler finanzierter Abtreibungstourismus!

Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»



«My Voice My Choice» fordert, dass die EU einen Fonds zur Finanzierung von Abtreibungsmöglichkeiten europaweit einrichtet. Frauen aus ganz Europa sollen auf Kosten europäischer Steuerzahler dort abtreiben können, wo sie wollen. Damit gelten die liberalsten Regelungen eines einzelnen Staates für ganz Europa. Das würde bedeuten, dass Frauen aus Deutschland oder Italien z.B. noch im 6. Monat ihr ungeborenes Kind in den Niederlanden abtreiben lassen könnten – und sich die gesamte Reise sowie die Abtreibung selbst von der EU bezahlen lassen.

Fatale Forderungen

Verschiedene Aktionsgruppen, darunter die Initiative «No Abortion Tourism» (auf Deutsch: kein Abtreibungstourismus), haben gegen diese fatalen Forderungen, die sich einmal mehr unter dem Deckmantel der Frauenpolitik verbergen, mobil gemacht. Die Hauptkritikpunkte von «No Abortion Tourism»:

1. Wir brauchen soziale und finanzielle Unterstützung für Eltern in Not und ungeplant Schwangere – nicht aber das kalte Angebot, doch einfach das ungeborene Kind auf Steuerzahlerkosten abtreiben zu lassen.
2. Abtreibungen sind keine Gesundheitsleistung: Ein Mensch stirbt dabei, ein anderer nimmt Schaden, niemand wird geheilt.
3. Jeder Staat hat das Recht, seine Abtreibungsgesetze selbst zu gestalten. Eine Abtreibung ist eine Straftat gegen das menschliche Leben. Die EU hat keine Kompetenz, in die nationale Gesetzgebung einzugreifen.
4. Wenn die EU den geforderten Finanzmechanismus einführt, können auch Frauen aus Deutschland noch bis zum 6. Monat ihr Kind in den Niederlanden abtreiben lassen. Das ist grausam und unmenschlich – und die EU-Steuerzahler müssten das bezahlen.

EU-Kommission stimmt zu

Das EU-Parlament hatte den Forderungen von «My Voice My Choice» bereits im Dezember 2025 zugestimmt. Die EU-Kommission hat am 26. Februar

2026 entschieden, diese Anliegen ebenfalls zu unterstützen. Sie unterstrich zwar die Zuständigkeit der Nationalstaaten bei Abtreibungen, gewährte den Mitgliedstaaten nun aber offiziell Hilfen für Schwangerschaftsabbrüche aus EU-Geldern. Die Hilfen sollen etwa Behandlungs- und Reisekosten abdecken und können sowohl für Betroffene im eigenen Land als auch für Frauen aus anderen Mitgliedstaaten genutzt werden. Anders als von der Initiative gefordert, soll es dafür keine neue Finanzierung geben. Stattdessen sollen Mitgliedstaaten Hilfen aus dem bestehenden «Europäischen Sozialfonds Plus» nutzen können. Das berichtete unter anderem der deutsche «ARD». Wie viele Gelder genau fliessen werden, ob und wann die Finanzierungsverpflichtungen ausgebaut werden, ist noch offen – möglich ist vieles, die aus der Politik altbekannte «Salamitaktik» lässt grüssen...

Bald auch verbindlich für die Schweiz?

Uns Schweizer sollten die Entwicklungen in der EU im Bereich Lebensschutz hellhörig machen. Denn wenn die Schweiz den geplanten EU-Verträgen, von Bundesrat und Verwaltung verharmlosend als «Bilaterale III» bezeichnet, zustimmt, droht uns auch hier der «automatische Nachvollzug». Auch wir könnten bald dazu verpflichtet werden, einen europaweiten Abtreibungstourismus mitzufinanzieren.

Ein weiterer gewichtiger Grund, das EU-Unterjochungsabkommen mit allen demokratischen Mitteln zu bekämpfen. ●



Ungleichbehandlung von Familien

Die Schweiz verzeichnet seit dem Jahr 2022 einen Geburtentiefstand von 1,29 Geburten pro Frau. Vermutlich haben zudem eher Ehepaare mit hauptsächlich einem Verdienst mehr Kinder als Doppelverdiener-Ehepaare, die ihre Kinder mehrere Tage fremdbetreuen lassen. Trotzdem sollen gerade Doppelverdiener noch mehr bevorteilt werden. Auch im Kanton St. Gallen.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Dabei sollte der Staat nicht in die Familienorganisation hineinregieren.

Im Grundsatz kann keine noch so hochwertige Kita die Zeit, Liebe, Fürsorge, Erziehung und Nestwärme durch die Eltern richtig ersetzen. Zudem greift

das Argument, dass beide Elternteile wegen des Arbeitskräftemangels gebraucht würden, ab drei Kindern auch nicht mehr, denn in einer Kita mit einem guten Betreuungsschlüssel müsste es eine Fachperson für drei Kleinkinder geben.

Was macht der Kanton St. Gallen?

Die Regierung hat mit dem Kantonsrat beschlossen, die bisherige Unterstützung der Fremdbetreuung in den Gemeinden von 10 auf 20 Millionen Franken zu erhöhen, wobei die Gemeinden für 10 Millionen nun selbst aufkommen müssen. Vorher konnten je nach Bedarf vor Ort das Geld für die Senkung der Drittbetreuungskosten für die Eltern, die Ausweitung des Angebots oder/und die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas verwendet werden. Im Jahr 2023 wurde dies in einer Volksabstimmung so beschlossen. Neu soll das ganze Geld allein der Unterstützung derjenigen Eltern dienen, die ihre Kinder in Kitas schicken. Unser Kantonsrat Heinz Herzog hat das Ratsreferendum ergriffen und mit der vollen Unterstützung der SVP durchgebracht. Deshalb wird das Volk vielleicht schon im Juni darüber befinden können.

Auch national mehr Unterstützung angestrebt

In der Wintersession hat das nationale Parlament zudem ein neues Kita-Gesetz verabschiedet. Erwerbstätige Eltern sollen künftig monatlich 100 Franken pro Betreuungstag erhalten. Das ergibt bis 500 Franken pro Kind bei fünf Betreuungstagen. Dies gilt für Kinder bis zum achten Geburtstag und Kinder mit einer Beeinträchtigung sollen bis maximal das Doppelte erhalten. Dabei soll es keine Rolle spielen, wie hoch das Arbeitspensum der Eltern ist, wenn beide erwerbstätig sind. Auch Elternteile, die eine Aus- oder Weiterbildung machen, können davon profitieren. Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen oder/und eine Tagesfamilie oder Grosseltern gegen Bezahlung anstellen, erhalten kein Geld. Die Beiträge ergänzen die kantonalen Gelder. Die Kosten werden auf 600 Millionen Franken geschätzt. Die Arbeitgeber müssen dafür einen prozentualen Beitrag der Löhne in einen Fond einzahlen. Ergänzend soll der Bund die Kantone finanziell beim Ausbau der Kita-Plätze unterstützen, insbesondere für Kinder mit Beeinträchtigungen.

Daneben ist noch eine Kita-Initiative der SP hängig. Sie will, dass Kita-Kosten höchstens 10 Prozent des Einkommens der Eltern ausmachen. Das Kita-Gesetz tritt in Kraft, wenn die SP-Initiative zurückgezogen oder vom Stimmvolk abgelehnt wird. Wobei noch das Referendum ergriffen werden kann.

Einmischung und Ungleichbehandlung

Eltern und Kinder leiden in der Praxis oft unter anderem wegen den organisatorischen Herausforderungen und damit wegen dem Stress bei Fremdbetreuung. Es ist häufig nicht einfach, die Arbeit und die Zeit für die Kinder sowie den Haushalt unter einen Hut zu bringen. Auch deshalb dürften sich Ehepaare zunehmend ganz gegen Kinder entscheiden oder nur maximal zwei Kinder in Betracht ziehen. Eltern hingegen, die bewusst mehrere Kinder haben und diese selbst betreuen, verzichten auf einen zweiten Verdienst und bezahlen über die Steuern manchmal noch an die Fremdbetreuungskosten anderer. Gerechtere wäre es, wenn alle Eltern für die Kinder mehr Kindergeld bekämen und dafür jegliche finanzielle Unterstützung für Fremdbetreuung gestrichen würde. Vielleicht gäbe es dann sogar wieder mehr Kinder? ●



klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU BE: Die EDU Kanton Bern organisierte im Februar 2026 zwei gut besuchte Vortragsveranstaltungen mit dem deutsch-israelischen Psychologen und Extremismus-Experten Ahmad Mansour. Die Anlässe fanden in Interlaken sowie in Wichtrach statt und wurden insgesamt von ca. 450 Leuten besucht. Im Zentrum der Referate stand neben Mansours persönlichem Werdegang insbesondere seine politische und gesellschaftliche Entwicklung. Offen und eindrücklich schilderte er, wie er selbst einen Weg aus religiösem Extremismus hin zu einem engagierten Einsatz für Demokratie, Freiheit und Integration gefunden hat.



EDU Podcast mit Überlebenden von ritueller Gewalt

In einer vielbeachteten Folge des EDU Podcasts spricht EDU-Präsident und Psychologe Daniel Frischknecht mit Betroffenen über ihre Erfahrungen mit organisierter ritueller und sexueller Gewalt. Die Überlebenden berichten, wie eine SRF-Dokumentation ihre Erlebnisse als Einbildung darstellte und damit alte Wunden erneut aufriss und ihre Hoffnung auf Hilfe zerstört hat. Der Podcast wurde veröffentlicht am 27. Februar 2026 und erzielte bisher über 60'000 Aufrufe alleine auf YouTube. Zur Sendung: www.youtube.com/@eduschweiz6697



Neue EDU-Petition: Wir fordern das Ständemehr!

Die EDU und die Junge EDU Schweiz haben am 20. März 2026 eine Petition an die Eidgenössischen Räte (National- und Ständerat) lanciert. Die Petition fordert: «Internationale Verträge mit dynamischer Rechtsübernahme müssen dem obligatorischen Referendum mit Ständemehr unterstellt werden. National- und Ständerat müssen das geplante EU-Vertragspaket (sog. «Bilaterale III») dem Ständemehr unterstellen.» Bitte unterschreiben Sie diese wichtige Petition und verbreiten Sie sie an all Ihre Adressen! Das Ziel ist, bis am 31. Mai 2026 mindestens 20'000 Unterschriften zu erreichen. Zur Petition: www.fuer-gerechtigkeit.ch

modRNA: Kein Vergleich mit herkömmlichen Impfstoffen!

EDU-Nationalrat Andreas Gafner fasst auch die heissen Eisen an. In der Fragestunde vom 11. März 2026 stellte er dem Bundesrat folgende Fragen (Antworten liegen noch nicht schriftlich vor): «Das Prinzip der modRNA-Impfstoffe unterscheidet sich wesentlich von herkömmlichen Impfungen und ist in diesem Anwendungsbereich kaum erforscht. Die Voraussetzungen für eine reguläre Zulassung sind nicht erfüllt. Ist der Bundesrat der Meinung, dass trotz fehlender Notsituation die Zulassung der modRNA-Impfstoffe ohne Reproduktions- und Toxizitätsstudien noch aufrechterhalten werden kann? Ist der Bundesrat der Meinung, dass die Impfpflicht für Schwangere ohne Bedenken weiterbestehen kann?»

Deutschland: Jeder zweite junge Muslim «islamismusaffin»

Laut einer neuen Erhebung des «Motra-Monitors» ist fast jeder zweite Muslim (45,1 Prozent) in Deutschland unter 40 Jahren latent oder manifest islamismusaffin eingestellt. Das heisst: Sie fühlen sich zum Islamismus hingezogen, wollen Scharia statt Grundgesetz und haben antisemitische Vorurteile. Die Forscher schreiben, dass «manifeste islamistische Einstellungen bei den unter 40-jährigen Muslimen mit 11,5 Prozent am stärksten verbreitet sind.» Manifest heisst, dass die Radikalisierung zum Islamismus bereits offenkundig und ausgeprägt ist.

Weitere Infos: www.egerkingerkomitee.ch/aktuell

Als Christ politisieren – (un)möglich?!

Unter diesem Titel fand kürzlich in der Life Hall in Schaffhausen eine von der EDU-Sektion Schaffhausen organisierte Veranstaltung statt. Das Zielpublikum waren junge Menschen. Doris Gasser, Präsidentin der EDU Kanton Schaffhausen und Matthias Hauser, Stand-up-Comedian und Moderator des Abends, begrüßten eine stattliche Anzahl Interessierter.

Den Auftakt übernahm Erich Vontobel, Zürcher Nationalrat der EDU. In einem kurzen Referat erläuterte er eindrücklich die Bedeutung, dass Christen die Politik aktiv mitgestalten sollen, weil Werte, Moral und Freiheit unsere Gesellschaft prägen. Er betonte zudem, dass jeder Bürger politisch sei – ganz gleich, ob er sich aktiv für Veränderungen einsetzt oder den Status quo eher passiv akzeptiert. Die Bibel kenne beides: Abstand zur Welt zu halten und Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Für christliche Politiker bedeutet dies, dass dort, wo Sachpolitik gefragt ist, kompetent und fair argumentiert wird; dort, wo es sich um Grundwerte handelt, wollen wir auf konstruktive Art und Weise Gottes gute Ordnungen einbringen.

Christliches politisches Engagement würde also bedeuten, im demokratischen Prozess zu überzeugen, statt zu zwingen – und den Menschen zu dienen, statt zu herrschen. Anhand von Beispielen zeigte Erich Vontobel, wie er als einzelner christlicher Politiker durch sein Engagement positive Veränderungen anstossen konnte. Er beendete seine Rede mit praktischen Tipps, wie die jungen Anwesenden politische Verantwortung übernehmen können und ermutigte sie, den Anlass zu nutzen, um den Vertretern der verschiedenen Parteien relevante Fragen zu stellen.

Im weiteren Verlauf konnten die Vertreterinnen und Vertreter aller Regierungsparteien – von links bis rechts – ihre Partei sowie ihre inhaltlichen Schwerpunkte vorstellen.



Der Moderator und Doris Gasser



NR Erich Vontobel



Timmy Frischknecht



Offenes Podium unter der Leitung von Matthias Hauser

Danach leitete Matthias Hauser ein offenes Podium mit den gleichen Parteien-Vertretern. Der Moderator stellte teils provokante, teils humorvolle Fragen, um persönliche oder parteiinterne Perspektiven zu beleuchten und die Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen noch weiter zu verdeutlichen.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Gesprächsgelegenheit an den Infoständen der Parteien, welche die jungen Besucher rege benutzten. Ein reichhaltiger und genussvoller Apéro von Beat Brunner bildete dazu das passende Ambiente und den Schlusspunkt eines gelungenen und sicherlich nachhaltig wirkenden Abends.

Peter Bösch, EDU-Sektion Schaffhausen



Il 25 gennaio 2025 si è tenuta a Lugano la Silent Walk, marcia contro l'antisemitismo e a sostegno del popolo iraniano.

Riportiamo qui di seguito il breve discorso tenuto nell'occasione da Fiorenzo Milani, membro UDF Ticino:

Nazioni sono nate, hanno fatto errori, sbagliano, ma sono state accettate, e lo sono tutt'oggi.

Per quanto riguarda la Svizzera, nel 1815, il Congresso di Vienna, formato da un gruppo di nazioni, la maggior parte delle quali, in seguito, diede alla luce la Società delle Nazioni, che divenne l'ONU:

- dichiarò la Svizzera indipendente
- ne stabilì i confini definitivi
- riconobbe l'inviolabilità del suo territorio
- accettò la sua neutralità permanente

Nel 1947, con la risoluzione 181, la stessa ONU stabilì che:

- il territorio del Mandato per la Palestina doveva essere diviso in due Stati:
- uno Stato ebraico (Israele)
- uno Stato arabo palestinese

Nel 1948, sulla base di questa risoluzione, venne proclamato lo Stato di Israele.

Israele fa parte dell'ONU, è uno stato riconosciuto a livello internazionale; è democratico e offre gli stessi diritti a tutti, di cui ci sono prove documentate.

Dalla sua creazione ad oggi, Israele è stato costantemente combattuto e il Popolo ebraico da sempre perseguitato, raggiungendo livelli disumani con la Shoah.

E non possiamo mancare di rivolgere un pensiero an-

che al popolo iraniano che di questi tempi muore sotto i colpi dello stesso regime, il cui obiettivo, è quello della distruzione di Israele.

Le accuse ad Israele di crimini di guerra, genocidio e colonizzazione, sono accuse false se si va a fondo nell'analizzare la loro formulazione ufficiale. Queste accuse sono entrate nell'immaginario collettivo a causa di un assillante bombardamento di false informazioni che hanno origini molto lontane e che hanno radicato in noi un pregiudizio quasi indelebile, oscurando di fatto la verità su Israele.

Perciò viviamo un crescente antisemitismo e antisionismo che, d'altra parte, non è mai stato superato. Dal 7 ottobre 2023, questo

sentimento ha nuovamente raggiunto livelli estremi di rigetto dello Stato d'Israele e del Popolo ebraico ovunque, con derive sanguinose.

Israele sbaglia? Sì! Anche l'Occidente sbaglia, la Svizzera, l'Europa, l'America, sbagliano!

Abbiamo dei pregiudizi riguardo ad una o ad un'altra nazione? Abbiamo dei pregiudizi riguardo all'America di Trump? Liberi di averli. Ma questo non ci fa negare il diritto all'esistenza di queste nazioni.

Perché, allora, si nega o si rifiuta il diritto all'esistenza di Israele e del Popolo ebraico, e si giustificano queste derive? Am Israel Chai!

Fiorenzo Milani

Der beste Sex kommt noch!



Dania Schiffan, Verena Thurner, Henri Gutmann, Samuel Stutz.
Der beste Sex kommt noch.
Wettswil: Tamas Media, 2024.
113 Seiten. ISBN: 978-3-033-10429-7.

Mit viel christlichem Fingerspitzengefühl nähern sich Dr. med. Samuel Stutz und drei seiner Autorenfreunde dem Thema Nummer 1: Sex! «Sex ist die intimste Sprache, die es gibt» (S. 9).

Das Vorwort trägt den Titel «Und sie werden ein Fleisch sein» und enthält das bekannte Bibelwort: «Darum wird ein Mann Vater und Mutter verlassen und seiner Frau anhängen, und die zwei werden ein Fleisch sein» (1. Mose 2,24; S. 9). Deziert warnt das Autorenteam vor Sexsucht, Pornografie, Prostitution und Ehebruch. Wertvoll: medizinische Hinweise zu Nebenwirkungen von Medikamenten und Alkohol (vgl. S. 52-53; 65). Feinfühlig werden seelsorgerliche Erkenntnisse präsentiert: «Betroffene müssen lernen, negative Gefühle zuzulassen» (S. 77); «Dankbarkeit für das Erreichte und Trauer über verpasste Lebensziele» (S. 99). Unnötig: Tipps zur Selbstbefriedigung. Humorvolle Fotos und Wortspiele lockern den ernststen Inhalt auf. Das Werk endet mit sieben Tipps für eine gesunde, lebenslange (Ehe-)Beziehung. «Im tiefen, inneren Einswerden findet die körperliche Liebe ihre Erfüllung. Das ist Sex in seiner göttlichen Dimension» (S. 9). Ein hilfreiches Buch für alle Ehepaare!

Pfarrer Michael Freiburghaus

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Abraham's Vineyards by Isratrade. Weinmesse in Olten vom 10. - 12. April 2026. Ermässigte Tickets! Günstige Weine im Lagerverkauf. Erstklassiges Olivenöl kaltgepresst. Medjool Datteln Bioqualität nur 40.-/2 kg. Diverse Schnäppchen auf www.isratrade.ch. Tel. 077 434 44 73

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Erleben Sie den Frühling in Gunten! Studio mit Balkon und Liegewiese am See; PP/AEH, ÖV 2 Min., CHF 450.-/W. K: 079 411 00 10, rednose@bluewin.ch

Ferien. Auszeit. Geniessen - in der Alphütte in Teuffenthal, in ruhiger Lage, mit Hotpot. Infos: www.weichel.ch, 079 723 03 20

Hübsch eingerichtete 2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee, ideal bis 2 Pers. ged. Sitzplatz, PPL vor dem Haus, ÖV 2 Min. Genial für Spaziergänge, Wandern, Velofahren, Baden, usw. Preis inkl. Parkplatz, WLAN, TV, RADIO, Bettwäsche usw. K: 078 666 36 51

Meer und Sonne in Spanien geniessen. Neue, modern eingerichtete 3-Zi.-Ferienwohnung mit zwei Badezimmern, Nähe Alicante. Herrlicher Blick aufs Meer von Balkon und Terrasse mit eigenem Whirlpool. Whg an erhöhter Lage in Überbauung mit Pool. Einkauf und Strand in Gehdistanz. Infos: www.ga22.ch, 079 751 04 57

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

VERSCHENKEN

Klavier zu verschenken: «Suter, Zürich, 1900», braun, mit Klavierstuhl. Tel. (ab 18:00 Uhr) 044 912 21 20

VERSCHIEDENES

Der Frühling steht vor der Tür! Würdest du auch gerne mit einer **Single Gruppe (ca. ü60, Region Zürichsee)** etwas zusammen unternehmen? Wie z.B. Wandern, Gespräche, Kochen, Velofahren. Dann melde dich gerne unter Tel. 078 352 22 64

Die EDU lädt ein

Würenlos AG: jeden zweiten Montag im Monat, 19.30 - 20.30 Uhr, Lättenstrasse 8: **Gebet** bei M. Suter. K: 079 825 44 05

Heiden AR: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pflingstgemeinde, Asylstrasse 26: **EDU-Gebet**. K: 077 520 48 73

Männedorf ZH: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30 - 10.00 Uhr, Luegislandstrasse 27: **EDU-Gebet**. K: 044 920 45 43

Biel BE: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: **EDU-Gebet**. K: 032 365 42 53

Dietikon ZH: jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Silber Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: www.israel-gebetstreffen.ch

Herisau AR: EDU-Fürbittegebet, Datum auf Anfrage. K: E. Winteler, 071 351 33 56

Brugg AG: Gebetsabend für die EDU, jeweils am letzten Mittwoch im Monat, 19.30 - 20.30 Uhr. Tel. 079 635 89 17

3.4. Schöftland AG: Feldackerstrasse 7: EDU Fürbitte-Gebete für die Nation. Tel. 079 864 41 96

10.4. Eschlikon TG: ab 19.30 Uhr, Rest. Post, Bahnhofstrasse 7: **EDU-Treff.** Keine Anmeldung - einfach dabei sein. K: www.edu-tg.ch

Rotkreuz ZG: Restaurant Revive, Lettenstrasse 7: **Power-Seminar «Führung auf den Punkt gebracht»:** 9.00 - 10.00 Uhr gemeinsames Frühstück, 10.00 - 12.00 Uhr Power-Meeting und Gebet. **Die ICCC (Internationale Christliche Handlungskammer Schweiz)-Seminarreihe «Transformed Working Life» (TWL) - «Verändertes Arbeitsleben»,** zeigt auf, dass Arbeit eine zentrale Berufung Gottes für jeden Menschen ist. Unkostenbeitrag: CHF 50.- pro Person und Meeting inkl. Frühstück. **11.4.** Glaube am Arbeitsplatz **9.5.** Erneuerung des Denkens **13.6.** Strategien des Himmels **19.9.** Verwalterschaft **17.10.** Dienende Führung Zusammenarbeit EDU Kanton Zug und ICCC Schweiz. Anmeldung: www.edu-kanton-zug.ch/kontakt

13./27.4. Bülach ZH: 20.00 - 21.00 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: **Fürbitte-Gebet.** Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

21.4. Olten SO: 19.00 Uhr, Hotel Olten, Bahnhofstrasse 5: **Neugründung EDU Solothurn,** mit Vortrag von Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz. Organisator: EDU Schweiz. K: HJ. Höpli, 079 407 08 35

25.4. Wil SG: EDU bi dä Lüt: Jeden letzten Samstagmorgen im Monat, ab 10.00 Uhr, Marcos Kafiwerk, Bronschhoferstrasse 44, 9500 Wil. K: HJ. Höpli, 079 407 08 35

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

2.-4.4. Ostertage mit Christian Weger **«Vom Kreuz zur Auferstehung - Hoffnung in Jesus»**

31.5.-5.6. Ferienwoche für Pensionierte **«Sei mutig und stark in den Herausforderungen des Lebens».** K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Sunnehüsi Krattigen BE

12.-18.4. «Schnuppern auf dem Jakobsweg», mit Heidi und Stefan Dollenmeier. K: 033 650 78 78

Vereinigung Pro Israel

jeweils 19.30 Uhr (ausser 26. April), **Vorträge mit Aleksey Raikhstadt, Israel**

20.4. Zofingen: Connect Zofingen, Im Rank 4

21.4. Schaffhausen: Hotel Kronenhof, Kirchofplatz 7

22.4. St. Gallen: Klosterhof 3, Pfalz Keller

23.4. Liestal: Stadtsaal, Burgstr. 1

24.4. Thun: Burgsaal, Burgstrasse 8

25.4. Bern: FEG Bern, Zeughausgasse 35

26.4. 13.30 Uhr: Uster: Stadthofsaal, Theaterstrasse 1

28.4. Frauenfeld: Casino, Bahnhofplatz 76B

K: Pro Israel, Postfach 717, 3607 Thun, Tel. 033 335 41 84

Jugendevent Doxa

2.5. 10.00 - 21.00 Uhr, FEG Aarau, Parkstrasse 16, 5012 Schönenwerd: **Jugendevent Doxa:** Treffen von über 200 jungen Christinnen und Christen, um im Glauben neu ausgerichtet und ermutigt zu werden. Start mit Morgenreferat und Worship, anschliessend Mittagessen. Nachmittags Workshops nach Wahl, danach Nachtessen und Abendreferat. Anmeldung: doxa-jugendevent.ch

Ferienwoche mit Fokus Israel

25.-31.5. Sunnehüsi Krattigen BE: Erholende und aufbauende **Ferienwoche mit biblischen Referaten rund ums Thema Israel,** mit Hansjörg Bischof, Israelkenner und Ehrenpräsident der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem, ICEJ Schweizer Zweig

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Anmeldung bis 10.5.2026 an info@sunnehuesi.ch, Tel. 033 650 78 78 www.sunnehuesi.ch

Paladina Pura TI

7.-13.6. Wanderwoche und Andachten **«...nach dem Herzen Gottes!»,** mit Heidi und Stefan Dollenmeier. K: info@paladina.ch

rea Israel Tournee

mit Senior-Pastor Oded Shoshani **«Israel und die muslimischen Länder. Aktuelle Auswirkungen und Konsequenzen»**

6.5. 19.30 Uhr, FEG Riehen, Erlensrösschen 47, 4125 Riehen www.feg-riehen.ch

7.5. 19.30 Uhr, Evang. Mission Biel, Alexander-Schöni-Strasse 28, 2503 Biel, www.emb-online.ch

8.5. 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Thalgut, Sägebachweg 5, 3114 Wichtrach, czt.ch

9.5. 19.30 Uhr, FEG Gwatt, Eisenbachstrasse 58, 3645 Gwatt, www.feggwatt.ch

10.5. 10.00 Uhr, FCG Winterthur, Schaffhauserstrasse 133a, 8400 Winterthur, www.fcg-winti.ch

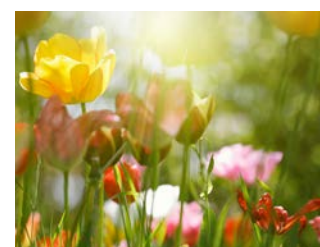
10.5. 19.00 Uhr, FCG Toggenburg, Hofstrasse 21, 9641 Ebnat-Kappel, fcg.ch, K: www.rea-israel.ch

Kontakt:

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt» 05/2026 wird am 27. April 2026 versendet.

**Redaktionsschluss: 10. April 2026
Druck: 22. April 2026**





Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 1011
 3601 Thun Aarezentrum

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

**Die Schreibenden geben ihre persönliche
 Ansicht wieder.**

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: shutterstock
 4, 8, 13, 14, 18, 19 : Adobe Stock
 12: Schweizerzeit (shutterstock)
 Kopfbilder, 2, 3, 5, 7, 9, 10, 11: zvg

45. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 19 200 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 3600 Thun
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.-/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MWST)

**Geschenkabos und Probenummern –
 auch zum Verteilen!**

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

Jesus ist auferstanden!

An Ostern feiern wir Christen die Auferstehung Jesu Christi, den Sieg über den Tod und die Hoffnung auf neues Leben. Ostern symbolisiert den Neuanfang, Vergebung und Gottes Liebe, begleitet von Frühlings-erwachen, Licht und Freude. Es ist eine Zeit der Besinnung, Dankbarkeit und des familiären Zusammen-seins.



Die Geschäftsleitung der EDU Schweiz wünscht Ihnen, liebe Leser des «Standpunkts», von Herzen ein frohes und besinnliches Osterfest im Kreise Ihrer Liebsten.

Unsere Gedanken sind besonders auch bei jenen Glaubensbrüdern und -schwestern auf der ganzen Welt, welche für ihren Glauben und ihr Bekenntnis Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt sind.

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.



Advokatur & Politikberatung

advopol

Karolina Yuan

Juristische Sachkenntnis für Mandatsträger,
Privatpersonen, Unternehmen & Vereine

- Bildungs- und Schulrecht
- Politische Kommunikation
- Datenschutzrecht
- Rechtsetzung
- Steuerrecht
- Staatsrecht
- Sozialversicherungsrecht
- Verwaltungsverfahren

Kostenloses und unverbindliches Erstgespräch für EDU-Mitglieder
www.advopol.ch 078 232 48 46 info@advopol.ch

eljah



Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Ihr Geschenk

Silber und Gold als Münzen und Granulat

Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.



RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung



weiter.biz
Seelsorge • Coaching
Supervision • Konfliktberatung



zubi
Dein Sport- und Freizeitanbieter.



Los Lorentes Residences
loslorentes.com



GTATREUHAND
Buchführung
Steuerberatung
Lohnadministration
Startups
www.gta-treuhand.ch



Huwa
seit 1911
www.huwa.ch | 062 773 11 70
Zetzliwilerstrasse 69A | 5728 Gontenschwil
Follow us on social media!

Christlicher Hilfsbund im Orient



Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.
www.hilfsbund.ch



TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch



E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei • Sanitär • Heizungen

Für mehr Lebensqualität.



RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

Israel liebende Familie
SUCHT
Wohnung oder Haus
in Israel zu kaufen



079 783 98 28
israel-freunde@gmx.ch

WINIGER STEIN AG
STEINMETZ- & BILDHAUERATELIER

- Grabmalkunst
- Renovationen
- Brunnen
- Marmor- /Natursteinböden
- Tische
- Skulpturen

Rütistrasse 47 | 8634 Hombrechtikon | 055 244 14 54
info@winiger-stein.ch | winiger-stein.ch



Mehrwert für Ihr Vermögen.
S-Deposito⁺

Mit dem S-Deposito investieren Sie in 100 % physisches Silbergranulat, das in einem Schweizer Zollfreilager vollumfänglich versichert gelagert wird. Durch die Möglichkeit von täglichen Ein- und Auszahlungen bleiben Sie jederzeit flexibel und profitieren von einer hohen Liquidität

Jetzt Silber-Depot eröffnen und in physisches Silber investieren.

 s-deposito.swiss  062 892 48 48